

Überregionaler Pressespiegel 30.12.2011

Freie Presse | 30.12.2011

Erneute Handydaten-Abfrage in Dresden auf dem Prüfstand

Sachsens Justizminister schließt Überwachung von Gewalttätern nicht aus

Dresden (dapd). Die für 2012 geplanten Neonazi-Aufmärsche und Gegendemonstrationen in Dresden rufen wieder die Sicherheitsbehörden auf den Plan: Die Dresdner Staatsanwaltschaft und das sächsische Justizministerium schließen eine erneute Abfrage von Handydaten im Februar nicht aus. Bundesweit in die Schlagzeilen geraten war Sachsens Landeshauptstadt deshalb erstmals bei den Demonstrationen im vergangenen Februar. Dabei sammelte die Polizei mit richterlicher Erlaubnis eine Million Handydaten - zumeist allerdings von friedlichen Demonstranten und Anwohnern. Datenschützer liefen Sturm dagegen.

Hintergrund der Ereignisse sind die Luftangriffe der Alliierten am 13. Februar 1945, bei denen Dresden stark zerstört wurde. Rechtsextremisten versuchen seit Jahren, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Weil sich ihnen inzwischen am Trauertag eine Menschenkette mit tausenden Teilnehmern friedlich entgegenstellt, versuchten mehr als 3.000 Rechtsextreme in diesem Jahr erstmals auch am 19. Februar aufzumarschieren.

Doch es blieb beim Versuch. 17.000 Menschen protestierten friedlich dagegen und verhinderten die Aufmärsche. Am Rande kam es aber zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Linksextremen, Polizei und Neonazis. Rund 100 Polizisten wurden laut Innenministerium verletzt. Um die Gewalttäter zu ermitteln, sammelte die Polizei massenhaft Handydaten. Ins Visier gerieten dabei auch Tausende unbescholtene Bürger. Zuvor waren bereits am 13. und 18. Februar Handydaten erfasst worden: Die an allen drei Tagen gesammelten Datensätze summierten sich auf etwa eine Million.

Laut Landeskriminalamt (LKA) hatte die Polizei am 18. und 19. Februar rund 900.300 Verbindungsdaten erhoben. Am 13. Februar wurden 22.800 Datensätze erfasst. Ausgewertet wurden davon bis heute nach LKA-Angaben 54.800 Bestandsdaten, es wurden also Telefonnummer und Anschlussinhaber ermittelt. Damit sei die Auswertung weitgehend abgeschlossen. Nur in Einzelfällen würden noch Bestandsdaten erhoben, sagte eine LKA-Sprecherin.

Den Ermittlungsbehörden liegen inzwischen 700 Anträge von Menschen vor, die wissen wollen, ob ihre Handydaten damals gesammelt und ausgewertet wurden, wie der Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft, Lorenz Haase, der Nachrichtenagentur dapd sagte. Alle Anfragen würden beantwortet, sicherte er zu.

Bei den Demonstrationen im kommenden Februar soll zwar auf eine Handydatenerfassung, die technisch als Funkzellenabfrage bezeichnet wird, möglichst verzichtet werden. Justizminister Jürgen Martens (FDP) und die Staatsanwaltschaft Dresden schließen aber eine erneute Datensammlung nicht aus, sollte es wieder zu Ausschreitungen kommen. Gewalttäter müssten damit rechnen, dass gegen sie mit allen zulässigen Mitteln vorgegangen werde - dass also auch "Daten von den Ermittlungsbehörden abgefragt werden", sagte Martens dapd.

"So es geht, soll auf eine Funkzellenabfrage verzichtet werden", fügte er hinzu. Friedliche Demonstranten sollten auf keinen Fall eingeschüchtert werden. "Gewalttäter aber, die mit Molotowcocktails oder Steinen auf Menschen und Sachen werfen und brennende

Barrikaden errichten, sollen wegbleiben. Solche Leute bekommen Probleme mit dem Staatsanwalt", betonte der Minister. Im Fall schwerer Straftaten wie etwa Angriffen auf Polizisten sei eine Handydatenerfassung denkbar, erklärte auch Haase.

Heftige Kritik an der Handydaten-Abfrage in diesem Jahr hatten Datenschützer geübt. Der sächsische Datenschutzbeauftragte Andreas Schurig hatte Polizei und Staatsanwaltschaft in einem Sonderbericht vorgehalten, mit der Sammlung gegen gesetzliche Vorgaben verstoßen zu haben. Die Sicherheitsbehörden reagierten mit dermaßen heftiger Kritik an Schurig, dass sich schließlich der Datenschutzbeauftragte des Bundes, Peter Schaar, einschaltete und seinen Amtskollegen verteidigte.

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/DEUTSCHLAND/Erneute-Handydaten-Abfrage-in-Dresden-auf-dem-Pruefstand-artikel7863327.php>

MDR Sachsen | 30.12.2011 | 15:50 Uhr

Proteste gegen Neonazis in Dresden - Martens schließt erneute Erfassung von Handydaten nicht aus

Sachsens Justizminister Jürgen Martens schließt auch während der im Februar 2012 in Dresden geplanten Neonaziaufmärsche und der Proteste dagegen erneute Handy-Überwachungen nicht aus. Der FDP-Politiker sagte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur DAPD, Gewalttäter, die mit Molotowcocktails oder Steinen auf Menschen und Sachen werfen, bekämen "Probleme mit dem Staatsanwalt". "Wer gewalttätig ist, muss damit rechnen, dass gegen ihn mit allen zulässigen Mitteln vorgegangen wird, also auch nötigenfalls seine Daten von den Ermittlungsbehörden abgefragt werden", sagte der Justizminister.

Friedliche Demonstranten sollen sich "keine Gedanken machen"

Martens erklärte weiter, die sächsische Generalstaatsanwalt habe bereits angekündigt, dass eine massenhafte Daten-Abfrage wie in diesem Jahr "wohl nicht mehr in Betracht kommen wird". Aus seiner Sicht müssten sich friedliche Demonstranten "keine Gedanken" machen. "So es geht, soll auf eine Funkzellenabfrage verzichtet werden. Wir wollen auf keinen Fall friedliche Demonstranten einschüchtern", sagte Martens. Der Minister verteidigte erneut das bisherige Vorgehen der sächsischen Sicherheitsbehörden bei den Protesten gegen Rechtsextreme in Dresden. Zwar könne er verstehen, wenn Menschen ein "ungutes Gefühl bekommen" und sich fragen, ob ihre Handydaten auch erfasst wurden. Allerdings bestehe dabei oft "eine gewisse Unkenntnis". Letztlich wären im Februar 2011 nur sogenannte Verkehrsdaten, also keine Namen und Anschlussinhaber abgefragt worden. "Es wurde kein Fischernetz über die Stadt gelegt, nach dem Motto: Erstmal alles einkreisen." Nach Ansicht von Martens gibt es zu den Vorgängen "viele Fehlvorstellungen, die unbegründet sind".

Tausende unbescholtene Bürger gerieten ins Visier der Polizei

Im Februar hatten in der sächsischen Landeshauptstadt rund 17.000 Menschen friedlich gegen die Aufmärsche von Rechtsextremen protestiert. Am Rande kam es aber zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Linksextremen, der Polizei und Neonazis. Rund 100 Polizisten wurden laut dem sächsischen Innenministerium dabei verletzt. Um die Gewalttäter zu ermitteln, sammelte die Polizei massenhaft Handydaten. Ins Visier gerieten

dabei auch Tausende unbescholtene Bürger. Zuvor waren bereits am 13. und 18. Februar Handydaten erfasst worden. Die an allen drei Tagen gesammelten Datensätze summierten sich auf etwa eine Million.

700 Personen fordern Auskünfte zur Datenerfassung

Laut dem sächsischen Landeskriminalamt wurden im Zuge von Ermittlungen gegen mutmaßliche Randalierer bislang 54.800 Bestandsdaten ausgewertet - es sind also Telefonnummer und Anschlussinhaber festgestellt worden. Wie der Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft, Lorenz Haase, sagte, liegen inzwischen 700 Anträge von Personen vor, die wissen wollen, ob ihre Handydaten im Februar gesammelt und ausgewertet wurden. Alle Anfragen würden beantwortet, sicherte Haase zu. Der sächsische Datenschutzbeauftragte hatte die massenhafte Datenerhebung als unzulässig kritisiert.

<http://www.mdr.de/sachsen/erneute-datenabfrage-moeglich100.html>

TAZ | 30.12.2011 | Michael Bartsch

"Wir suchten die Nadel im Heuhaufen" - Generalstaatsanwalt über Funkzellenabfrage

Sachsens Generalstaatsanwalt Fleischmann über Konflikte beim Dresdner Naziaufmarsch und die Frage, ob in Sachsen Linke stärker verfolgt werden als Rechte.

taz: Herr Fleischmann, das Bündnis "Dresden nazifrei" ruft bei den Demonstrationen gegen die Naziaufmärsche am 18. Februar zu einer "Funkzellenparty" auf. Jeder soll so viele Handys wie möglich mitbringen. Läuft damit nicht das Instrument der Funkzellenabfrage ins Leere?

Klaus Fleischmann: Das Mittel der Funkzellenabfrage (FZA) bei Großveranstaltungen hat sich erschöpft - insbesondere dann, wenn der Teilnehmerkreis intelligent genug ist, Gegenstrategien zu entwickeln. In den letzten Monaten ist diese Polizeistrategie, Straftätern auf die Spur zu kommen, so offen geworden, dass jeder weiß, wie er eine Funkzellenabfrage ins Leere laufen lassen kann. So, wie seinerzeit die Vermummung aufkam, um einer Fotografie zu entgehen. Eine andere Frage ist die der Auswertbarkeit der Massendaten. Wir wollten die sprichwörtliche Nadel im Heuhaufen suchen, mussten aber im Nachhinein feststellen, dass wir sozusagen in einer ganzen Scheune suchen.

Räumen Sie damit ein, dass der Einsatz der FZA 2011 in Dresden unverhältnismäßig war?

60, ist seit 2007 Generalstaatsanwalt in Sachsen. Geboren im bayerischen Münchberg, war er zunächst Richter in Hof und wurde 1993 nach Sachsen versetzt. In seiner Jugend, sagt er, habe er nach links tendiert. In der sächsischen Funkzellenaffäre war Fleischmann jüngst mit harscher Kritik am Landesdatenschutzbeauftragten Schurig in den Schlagzeilen.

Nein. Ein Versuch war sicherlich in Ordnung. Auch mit dem jetzigen Kenntnisstand wäre der Einsatz verhältnismäßig. Fraglich ist allerdings, ob er Erfolg versprechend wäre. Grundsätzlich hat sich die Funkzellenabfrage als strafprozessuales Mittel sicher nicht überlebt. Es gibt genug Ermittlungserfolge, zum Beispiel bei Baumaschinendiebstählen. Bei Massenveranstaltungen sieht das anders aus, wenn sich potenzielle Täter darauf einstellen.

Erwarten Sie erneut Gewalt am 18. Februar, oder ändert die neue Konstellation einer Großdemo in Hör- und Sichtweite des Naziaufmarsches etwas?

Das kann ich ganz schlecht beurteilen. Ich hoffe sehr, dass das Demonstrationsrecht von

den Behörden auf stationäre Kundgebungen reduziert werden kann, um schwer zu schützende Aufzüge zu vermeiden.

Im kommenden Februar sind wieder Neonaziaufmärsche in Dresden geplant - und Proteste dagegen. Der sächsische Justizminister Jürgen Martens (FDP) will nicht ausschließen, dass dabei erneute Handyüberwachungen zum Einsatz kommen. Martens sagte in einem Interview, Gewalttäter, die mit Molotowcocktails oder Steinen auf Menschen und Sachen werfen, bekämen "Probleme mit dem Staatsanwalt". "Wer gewalttätig ist, muss damit rechnen, dass gegen ihn mit allen zulässigen Mitteln vorgegangen wird, also auch nötigenfalls seine Daten von den Ermittlungsbehörden abgefragt werden". "So es geht, soll auf eine Funkzellenabfrage verzichtet werden. Wir wollen auf keinen Fall friedliche Demonstranten einschüchtern", sagte Martens. Der sächsische Bundestagsabgeordnete Michael Leutert (Linkspartei) bleibt trotzdem skeptisch: "Die Begründung, Gewalttäter feststellen zu wollen, diente schon 2011 als Legitimation zur Erfassung hunderttausender Handydaten". Es sei zu befürchten, dass sie nur als Vorwand für ein "neues Handygate" dienen soll.

Es gibt bereits Aufrufe zu Blockaden.

Blockaden sind eine eindeutige Straftat. Ich darf, unabhängig von der politischen Gesinnung, genehmigte Demonstrationen nicht grob stören.

Jena hätte das berüchtigte braune "Fest der Völker" nicht ohne Blockaden aus der Stadt vertrieben. Heiligt der gute Zweck nicht die Mittel?

Ich weiß nicht, ob das ein guter Zweck ist. Das kommt immer durcheinander. Das Demonstrationsrecht einem Bürger zu nehmen, ist kein guter Zweck. Gegen braune Lehren anzugehen, ist ein guter Zweck, aber bitte mit legitimen Mitteln.

Es entsteht der Eindruck einer gewissen Kulanz: Der Staat verfolgt Blockierer aus Prinzip, bietet aber gegen relativ geringe Geldbußen eine Einstellung des Verfahrens an.

Nein, die Blockierer oder Störer von Versammlungen sind ja keine böartigen Straftäter, sondern letztlich Überzeugungstäter, die der Meinung sind, die Bekämpfung der braunen Gefahr würde dieses Mittel rechtfertigen. Aber das ist eine Fehleinschätzung, die, obwohl sie konträr zur Rechtsordnung steht, nicht mit harten Sanktionen verfolgt werden muss. Ganz anders als bei Steinewerfern, für die ich überhaupt kein Verständnis habe.

Können Sie sich erklären, wie auch außerhalb Sachsens der Eindruck entstehen konnte, dass die Dresdner Staatsanwaltschaft linke Gegendemonstranten ganz besonders emsig verfolgt?

Es wurde kein einziger Demonstrant verfolgt! In Teilen der veröffentlichten Meinung war von Demonstranten die Rede, aber in Wirklichkeit wurden Straftäter verfolgt. Ich zeige Ihnen hier einen Pflasterstein, wie er zu hunderten auf Polizisten geworfen wurde.

Sie haben Zweifel am NPD-Verbot geäußert. Ist dies in der gegenwärtigen Aufregung nur ein politisches Placebo?

Placebo wäre zu hart formuliert. Das NPD-Verbot ist für mich eine Möglichkeit - aber nur dann eine gute, wenn man sicher sein kann, dass es funktioniert. Noch einmal zu scheitern, wäre katastrophal. Ich weiß nicht sicher, ob die V-Männer bei den Spitzenleuten in der NPD wirklich abgeschaltet sind, wie in Thüringen behauptet wird. Ich traue dieser V-Leute-Problematik überhaupt nicht.

<http://www.taz.de/Generalstaatsanwalt-ueber-Funkzellenabfrage!/84669/>

Kampf gegen Extremisten - Polizei dringt auf Vorratsdatenspeicherung

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) findet es "verheerend", dass in Deutschland derzeit keine Vorratsdatenspeicherung möglich ist. Ihr Vorsitzender Bernhard Witthaut sagte in einem Interview der *Süddeutschen Zeitung*, im Fall der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU wäre es die Basis jeder Ermittlung, das Umfeld der Verdächtigen zu kennen. Dazu müsse man wissen, mit wem das Terror-Trio von Zwickau wann telefoniert, gemailt oder gechattet hat.

"Wer weiß, vielleicht wäre ja auch ein Anruf aus der NPD dabei, der für ein Verbot wichtig sein könnte", sagte Witthaut. Ihm wäre eine Vorratsdatenspeicherung von zwei Jahren am liebsten, aber weil dies politisch nicht durchsetzbar sei, wäre "ich schon mit einem halben Jahr zufrieden". Derzeit habe die Polizei keine Möglichkeit, Kontakte von Verdächtigen zurückzuverfolgen.

Witthaut zog in dem Interview einen Vergleich zu Norwegen. Dort hätten die Behörden nach dem Massaker des Rechtsextremisten Anders Breivik gefürchtet, dieser sei Teil eines rechtsradikalen Netzwerks. Durch die gespeicherten Telefondaten habe sich aber schnell herausgestellt, dass Breivik ein Einzelgänger gewesen sei. "Wir dürfen aber im Fall des Nazi-Trios nicht rückverfolgen, was die Kollegen in Norwegen dürfen - in einem, wie ich erinnern darf, der freiheitlichsten Staaten der Welt", sagte der GdP-Chef. Scharfe Kritik richtete Witthaut an die Gewerkschaft Verdi, die wie die GdP dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) angehört. Ihn stört, dass die Kollegen immer wieder dazu aufrufen, Demonstrationen von Neonazis zu verhindern. Für viele bei Verdi gelte "ziviler Ungehorsam als bürgerliche Tugend".

Er, Witthaut, habe selber jahrelang als Einsatzbeamter Demonstrationen von Rechtsradikalen beschützen müssen. Das mache niemand gern, aber wenn die Gerichte die Kundgebung wegen des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit zuließen, müsse die Polizei dieses Recht durchsetzen. "Beim Thema 'Naziaufmärsche verhindern' sind die Gewerkschaften jedoch ganz vorn mit dabei - und ihre Leute haben dann Konflikte mit der Polizei, zum Beispiel 2010 in Dresden", sagte der GdP-Chef.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/kampf-gegen-extremisten-polizei-dringt-auf-vorratsdatenspeicherung-1.1246823>

Deutschland Radio | 30.12.2011 | 11:00 Uhr

Hunderte Menschen wollen Auskunft zur Handydaten-Abfrage in Dresden

Nach der massenhaften Handydaten-Erfassung bei einer Demonstration in Dresden verlangen Hunderte Menschen Auskunft von den Ermittlungsbehörden. Insgesamt seien 700 Anträge eingegangen, sagte der Dresdner Staatsanwalt Haase der Nachrichtenagentur dapd. - Hintergrund sind die teils gewalttätigen Proteste gegen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch in Dresden im Februar. Dabei erfasste die Polizei mehr als eine Million Daten von Mobiltelefonen, um Straftäter ausfindig zu machen. Ins Visier gerieten allerdings auch Tausende friedliche Demonstranten und Anwohner.

<http://www.dradio.de/nachrichten/201112301100/3>

T-Online | 30.12.2011 | 10:42 Uhr | dapd

700 Menschen wollen Auskunft über Handydaten-Abfrage

Nach der massenhaften Handydaten-Erfassung bei Demonstrationen in Dresden liegen den Ermittlungsbehörden Hunderte Auskunftsanträge vor. Rund 700 Menschen wollen wissen, ob ihre Handydaten gesammelt und ausgewertet wurden, wie der Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft, Lorenz Haase, der Nachrichtenagentur dapd sagte. Sie würden benachrichtigt. Wer keinen Antrag gestellt habe, erhalte keine Auskunft, betonte Haase.

Hintergrund sind vor allem die teils gewalttätigen Proteste gegen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch in Dresden am 19. Februar, bei dem die Polizei knapp eine Million Handydaten erfasste, um Straftäter ausfindig zu machen. Ins Visier gerieten allerdings auch Tausende unbescholtene Demonstranten und Anwohner.

Nach aktuellen Angaben des Landeskriminalamtes (LKA) hatte die Polizei am 18. und 19. Februar rund 900.300 Verbindungsdaten erhoben. Zuvor waren am 13. Februar ebenfalls bei Demonstrationen bereits 22.800 Datensätze erfasst worden. Bis heute wurden insgesamt 54.800 Bestandsdaten ausgewertet, es wurden also Telefonnummer und Anschlussinhaber ermittelt.

Damit ist ein Großteil der Auswertung erfolgt. "Bestandsdaten werden bei gegebenen Anlass aufgrund des Fortschreitens der Ermittlungen im Einzelfall weiterhin erhoben", sagte eine LKA-Sprecherin auf dapd-Anfrage. "Es handelt sich um ein sehr komplexes Verfahren, alles muss in Ruhe passieren", erklärte auch Haase, der eine Handydatenerfassung im kommenden Februar erneut für möglich hält. Im Fall schwerer Straftaten wie etwa Angriffen auf Polizisten sei dies nicht ausgeschlossen.

Dresden war am 13. Februar 1945 bei Luftangriffen der Alliierten stark zerstört worden. Rechtsextremisten versuchen seit Jahren, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Weil sich Ihnen inzwischen eine Menschenkette mit tausenden Teilnehmern friedlich entgegenstellt, marschierten die Rechten 2011 erstmals auch am 19. Februar auf. Am Rande einer friedlichen Gegendemonstration mit 17.000 Menschen kam es zu schweren Krawallen, bei denen zahlreiche Polizisten verletzt wurden.

Die Stadt rechnet derzeit damit, dass 2012 tausende Neonazis am 18. Februar aufmarschieren werden. Der 13. Februar fällt im nächsten Jahr auf einen Montag.

http://nachrichten.t-online.de/700-menschen-wollen-auskunft-ueber-handydaten-abfrage/id_52775782/index?news
